

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
sehr geehrte Studierende,

die hessische Landesregierung unterbreitete bei der Hochschulleitertagung am 11.5.2010 ihr abschließendes Angebot für einen neuen Hochschulpakt zwischen dem Land und den zwölf hessischen Hochschulen für den Zeitraum 2011-2015. Wie Sie meinen vorherigen Rundschreiben - und auch der Presseberichterstattung - entnehmen konnten, sieht das Land eine signifikante Absenkung des Gesamtbudgets aller hessischen Hochschulen vor; davon ist das Land auch am 11.5.2010 trotz der vorgebrachten Sachargumente von Seiten der Hochschulen, der Bundespolitik und mehrerer Verbände und trotz der vielen Proteste und Demonstrationen, die auch von Lehrenden, Studierenden und Mitarbeitern der JLU getragen wurden, nicht abgerückt. Das Präsidium der JLU Gießen regte am 11.5.2010 mit Nachdruck - und im Verbund mit allen anderen Hochschulen - an, dass den Hochschulen eine weitere Woche für die interne Beratung und die Abstimmung untereinander eingeräumt wird; dies wurde von der Landesregierung akzeptiert.

Wir haben an der JLU die vergangenen Tage genutzt, um insbesondere die finanziellen Eckpunkte des neuen Hochschulpaktes intensiv mit den Dekanaten, den Senatslisten und den beratenden Mitgliedern des Senats und des Erweiterten Präsidiums zu erörtern. Wir haben in diesem Zusammenhang auch die spezifischen finanziellen Implikationen für die JLU eingehend diskutiert, die sich aus der im Hochschulpakt fixierten Weiterentwicklung der sogenannten Leistungsorientierten Mittelzuweisung (LOMZ) ergeben; diese Weiterentwicklung der LOMZ führt dazu, dass einige bislang für die JLU bestehenden Ungerechtigkeiten in der Mittelzuweisung korrigiert werden. Auch wurden die Klärungen, die in der Hochschulleitertagung am 11.5.2010 zu einigen entscheidenden Sachfragen herbeigeführt wurden, in den vergangenen Tagen in den Gremien von allen Gruppen im Gespräch mit dem Präsidium bewertet.

Die wesentlichen finanziellen Eckpunkte des abschließend vorgelegten Hochschulpaktes stellen sich wie folgt dar:

- o Das Gesamtbudget aller Hochschulen wird um effektiv 30 Mill. EUR jährlich ab 2011 gekürzt (es wurde am 11.5.2010 klargestellt, dass 4 Mill. EUR unabhängig von der Tarifsteigerung in 2011 vom Land erstattet werden, so dass eine Kürzung von insgesamt 34 Mill. EUR nicht droht);
- o Für die Jahre 2011-2015 wird garantiert, dass es keine weitere Absenkung gibt und dass man von etwaigen Haushaltssperren des Landes - wie in der Vergangenheit - ausgenommen ist;
- o Eine Wiederaufstockung des Gesamtbudgets um 20 Mill. EUR jährlich wird zugesagt, sobald die Steuereinnahmen des Landes (nach Länderfinanzausgleich) wieder 13 Mrd. EUR erreichen (nach der aktuellen Steuerschätzung wäre dies frühestens 2013 der Fall);
- o Das Land sagt zu, sich auch ab 2012 an weiteren Tarifsteigerungen angemessen zu beteiligen, allerdings ohne feste Zusage der Beteiligungshöhe wie im alten Hochschulpakt;
- o Durch die Weiterentwicklung der LOMZ ergibt sich nach der Modellrechnung des Landes eine Budgetkürzung für die JLU von ca. 4,4

Mill. EUR im Jahre 2011 im Vergleich zu 2010 (dies entspricht ca. - 1,8%; der durchschnittliche Budgetverlust aller Hochschulen beträgt ca. 2,2%);

- o Das Land bleibt - trotz unserer Kritik - dabei, die Budgetkürzung ausschließlich in der Grundfinanzierung der Hochschulen für Forschung und Lehre zu verorten; alle Projekt- und Programmförderungen des Landes bleiben von Kürzungen ausgenommen (insbesondere das Forschungsförderprogramm LOEWE, das Bauinvestitionsprogramm HEUREKA, die QSL-Mittel zur Verbesserung der Lehre);

- o Für die Bereitstellung von zusätzlichen Studierendenplätzen für die doppelten Abiturjahrgänge werden Sondermittel aus dem HSP2020-Programm auf die Hochschulen verteilt, die allerdings in der Regel nicht die tatsächlichen Kosten für ein forschungsbasiertes universitäres Studium abbilden.

In den vergangenen Tagen haben wir in den Gremien auch sehr ausführlich das Alternativszenario zum Hochschulpakt erörtert, d.h. die Risiken, die sich aus einer Nichtunterzeichnung des Hochschulpaktes ergeben würden.

Nach klarer Aussage der Landesregierung hätte dies folgende Konsequenzen für eine Hochschule:

- o keine Planungssicherheit für fünf Jahre, sondern jährliche Einzelverhandlung mit dem Land über den nächsten Jahreshaushalt der Hochschule mit dem politischen Gebot, dass man als Nichtunterzeichner nicht zu den "Gewinnern" zählen dürfe;
- o keine Garantie zur Nichtabsenkung des Hochschulhaushaltes in Folgejahren;
- o keine Zusage von irgendwelchen Steigerungen in Abhängigkeit von der Steuerentwicklung;
- o kein Schutz durch den Hochschulpakt im Falle von Haushaltssperren des Landes;
- o keine Partizipation an Weiterentwicklungen des LOMZ-Systems;
- o keine Partizipation an anderen Zusagen des Landes im Rahmen des Hochschulpaktes.

Vor diesem Hintergrund erschien dem Präsidium eine Nichtunterzeichnung des Hochschulpaktes - trotz schwerster Bedenken in der Sache - nur dann erwägenswert zu sein, wenn die Risiken der Nichtunterzeichnung aufgewogen würden durch eine klare Ablehnungsfront aller zwölf hessischen Hochschulen. Allerdings konnte eine solche klare Ablehnungsfront nicht organisiert werden; auch eine mehrheitliche Ablehnung war nicht darstellbar.

Das Präsidium der JLU hat am gestrigen Tag im Lichte der hochschulinternen Gespräche der vergangenen Tage und des abschließenden Meinungs austausches mit anderen Hochschulleitungen beschlossen, den vorliegenden Hochschulpakt zu unterzeichnen, um unserer Universität die finanzielle Handlungsfähigkeit und ein Mindestmaß an strategischer Planungssicherheit für die Aufgaben und Herausforderungen in Forschung und Lehre über die nächsten fünf Jahre zu sichern. Die Hochschulleitung sah sich gedrängt, damit noch größeren Schaden von der JLU abzuwenden. Der Hochschulpakt wurde heute Vormittag in Wiesbaden unterzeichnet. Der

Hochschulpakt wurde auch von allen anderen Hochschulleitungen unterzeichnet.

Das Präsidium der JLU hat am heutigen Vormittag bei der hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst eine Protokollnotiz hinterlegt, die besagt, dass die Unterschrift des Präsidenten der JLU unter Zurückstellung unserer grundsätzlichen und massiven Kritik an der Kürzung der Grundfinanzierung aller hessischen Hochschulen erfolgt. Die Unterschrift wird ausschließlich geleistet, um aufgrund unserer Gesamtverantwortung für die JLU verlässliche und planbare Mindestressourcen zu sichern, mit denen die Aufgaben und Herausforderungen in Forschung und Lehre in irgendeiner Weise - und trotz unvermeidbarer Einschnitte - bewältigt werden können. Wir weisen in dieser Protokollnotiz darauf hin, dass die drohende Alternative im Falle einer Nichtunterzeichnung dazu geführt hat, dass wir unsere grundsätzliche Kritik zurückgestellt haben. Den Text dieser von allen Mitgliedern des Präsidiums unterzeichneten Protokollnotiz finden Sie am Ende dieser Email.

Das Präsidium ist Ihnen allen für die massive und öffentlichkeitswirksame Unterstützung unserer Kritik an den Kürzungsplänen der Landesregierung in den vergangenen Tagen und Wochen sehr dankbar; in der Öffentlichkeit wurde sehr genau wahrgenommen, dass sich alle Angehörigen der JLU in großer Sorge um die Zukunft unserer Universität - wie auch aller anderen Hochschulen in Hessen - befinden. Vor diesem Hintergrund ist es aus meiner Sicht unerlässlich, dass wir auch in den kommenden Wochen und Monaten, in denen wir uns auf die finanziellen Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre an der JLU ab 2011 vorbereiten müssen, zusammenstehen und gemeinschaftlich handeln. Es darf in der Öffentlichkeit - und auch nicht der Politik gegenüber - der Eindruck entstehen, dass nach erfolgter Unterzeichnung aus falschen Weichenstellungen der Landesregierung hochschulinterne Verteilungsprobleme werden; es ist aus Sicht des Präsidiums alternativlos, dass wir einerseits nach innen konstruktiv und in m Gesamtinteresse für die JLU mit den bevorstehenden Herausforderungen umzugehen versuchen, andererseits nach außen gemeinschaftlich - und im Verbund mit den anderen Hochschulen - an unserer Kritik an den Entscheidungen des Landes festhalten. Das Thema "Ressourcen für die Bildung" bleibt weit über den Tag hinaus auf der Agenda, was die derzeitige bildungspolitische Diskussion bestätigt.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Joybrato Mukherjee

++++
Protokollnotiz zum Hessischen Hochschulpakt 2011-2015
++++

Trotz der bereits bestehenden Überlast in der Lehre, welche die hessischen Hochschulen zu tragen haben, und der Verpflichtung zur Verbesserung der Betreuungsrelation,

trotz der während des Bildungsstreiks 2009 zu Recht geforderten Verbesserung der Studienbedingungen in den Bachelor-, Master- und Lehramtsstudiengängen,

trotz der durch das HSP2020-Programm nicht auskömmlich finanzierten zusätzlichen Studienplätze für die doppelten Abiturjahrgänge,

trotz der absehbaren Notwendigkeit, Forschungsstätten an den hessischen Hochschulen aufgeben zu müssen, die die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Hochschulen zur Einwerbung von nationalen und internationalen Forschungsmitteln mindern wird,

ist die Justus-Liebig-Universität Gießen bereit, den Hessischen Hochschulpakt 2011-2015 unter Zurückstellung von grundlegenden Bedenken gegen die vom Land vorgegebene Kürzung der Grundzuweisung zu unterzeichnen.

Dies geschieht im Interesse der Wahrung der Solidarität mit allen hessischen Hochschulen, im Interesse eines Mindestmaßes an Planungssicherheit, zur Abwehr größeren Schadens von der Justus-Liebig-Universität Gießen, sowie aus Respekt gegenüber dem Primat der Politik.

Gießen, 18. Mai 2010

Prof. Dr. Joybrato Mukherjee
Präsident

Prof. Dr. Eva Burwitz-Melzer
Erste Vizepräsidentin

Prof. Dr. Katja Becker
Zweite Vizepräsidentin

Dr. Michael Breitbach
Kanzler

für Rückfragen: Präsident; E-Mail: praesident@admin.uni-giessen.de
=====